

Handyfreie Zonen an Schulen

1. Pressekonferenz des neuen Bildungsministers Christoph Wiederkehr gemeinsam mit Hans-Peter Hutter von der MedUni Wien und der Direktorin Karin Spahn, 10. 3. 2025

Wiederkehr wollte in der ersten Woche seiner Amtszeit das wichtige Thema Handynutzung ansprechen und berichtet von den Ergebnissen eines Runden Tisches, an dem neben Wissenschaftlern auch Vertreter:innen der Schulpartner teilgenommen haben.

Die PISA Ergebnisse zeigten, dass die Auswirkungen der Handynutzung größer seien als die der Corona Pandemie. Das soziale Verhalten habe sich stark verändert. Es gelte nun die digitale Ablenkung zu minimieren, ohne zu vergessen das digitale Lernen zu fördern. Dafür sei der Einsatz der Medienpädagogik wichtig.

Noch in diesem Monat soll es eine Verordnung geben, die ein Handyverbot bis zur 8. Schulstufe im Unterricht und in den Pausen beinhalten wird und auch Smartwatches miteinbezieht. Der SGA wird aber beschließen können, in welchen Situationen eine Handynutzung im Unterricht erlaubt ist.

Hutter hebt die Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Thema aus medizinischer Sicht hervor. Die ständige Handynutzung führe zu größeren körperlichen, geistigen und dadurch zu allgemein gesellschaftlichen Problemen. Es müsse ermöglicht werden, dass Kinder und Jugendliche einander wieder auf Augenhöhe treffen und ihre sozialen Fähigkeiten entwickeln können. Eine Verordnung sei besser als die Handhabung den einzelnen Schulen zu überlassen.

Auch Spahn ist erfreut, dass es eine Verordnung geben wird.

Auf die Frage, wo die Handys während des Unterrichts aufbewahrt werden sollen, antwortet Wiederkehr, dass dies schulautonom geregelt werden könne. Spahn ergänzt, das Handy könne abgedreht in der Schultasche bleiben oder in einer Handygarage geparkt werden. Nur auf Anweisung der Lehrkraft dürfe es aufgedreht werden.

Wiederkehr möchte vor allem den Schulleitungen den Rücken stärken. Es gebe Schwierigkeiten wenn Eltern ihre Kinder rund um die Uhr erreichen wollen. Wenn die Handys abgegeben werden, werde die Amtshaftung schlagend. Wenn Regeln nicht eingehalten werden, gebe es verschiedene Sanktionsmöglichkeiten, die die Verordnung aufzeigen werde. Smartwatches werden wie mobile Telefone behandelt.

Spahn sieht Probleme vor allem in den Mittelschulen. Sie vermutet, dass etwa 80% der Schulen bereits Regeln haben, aber eine Verordnung helfe vor allem neu ins Amt gekommenen Kolleg:innen und biete eine Unterstützung bei Elterngesprächen.

Auf die Frage, ob es Regeln nach der 8. Schulstufe geben werde, antwortet Wiederkehr, dass eine einheitliche Vorgangsweise noch diskutiert werden müsse. Die unterschiedlichen Schularten erfordern vielleicht ein differenziertes Vorgehen. Hutter verweist darauf, dass die 14 Jährigen oft schon abhängig seien und es auch hier Handlungsbedarf gebe.

Befragt nach Fastenproblemen mit Kindern im Ramadan, antwortet Wiederkehr, dass das Kindeswohl im Vordergrund stehen müsse und auch Präventionsmaßnahmen erfolgen werden. Es gebe einen Austausch mit den Religionsgemeinschaften.

Der Stopp des Familiennachzuges sei notwendig, im Vorjahr kamen pro Monat bis zu 450 schulpflichtige Kinder nach Wien. Das war eine massive Belastung, nicht nur im Bereich der Schule sondern auch der Gesundheit und des Arbeitsmarktes.

